

SPD demokratischer pressediens

F/XXX/190

6. Oktober 1975

Triumph der Solidarität

Zum Wahlsieg der Österreichischen Sozialdemokraten
Seite 1 / 36 Zeilen

Nach Europa nicht an Gewehrsliven vorbei

Europarat bezieht Protestposition gegen das
Franco-Regime

Von Klaus Richter MdB
Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des
Europarates

Seite 2 und 3 / 46 Zeilen

Herrschaft auf Frist

Parlamentarier und Minister nach Zahlen aufgliedert

Von Dr. Ulrich Döbber MdB
Stellv. Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für
Parlamentfragen e.V.

Seite 4 und 5 / 55 Zeilen

Die kühne Attacke des "kleinen Generals"

Kohl in verzweifelter Abwehr gegen das Diktat
von Strauß

Seite 6 / 42 Zeilen

"Certain Track" wurde ein Testfall

Ostblock-Besucher bleiben wieder dem NATO-Manöver
fern

Seite 7 und 8 / 57 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Bokeri

5300 Bonn 12, Heussallee 8-10
Postfach: 120 400
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 33 80 37 - 38
Telex: 08 66 648 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 109-112, Telefon: 3766 11

Triumph der Solidarität

Zum Wahlsieg der Österreichischen Sozialdemokraten

Die Tatsache, daß die Sozialistische Partei Österreichs unter ihrem Vorsitzenden und Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky bei der Wahl vom 5. Oktober ihre beherrschende Stellung nicht nur halten, sondern weiter festigen konnte, ist weit über die Grenzen des Alpenlandes hinaus als Signal verstanden worden. Österreichs Sozialdemokraten, die wie alle lebendigen demokratischen Parteien Europas Generationendifferenzen und theoretische Auffassungsunterschiede in ihren Reihen auszutragen haben, wußten angesichts des massiven, nicht nur von der Wirtschaft des Landes auf breiter Front unterstützten und aktiv geförderten Ansturms der christlichen ÖVP, genau, warum es bei dieser Wahl ging. Sie haben in den Monaten und Wochen vor dem Wahltag ihre Zwickigkeiten vom Feuer geholt und abgekühlt, um ihre ganze, auch dadurch freiwerdende Kraft in die Verteidigung der Machtposition einzubringen und sich angesichts der großen Entscheidung nicht selbst zu verzetteln.

Der Appell zur Solidarität im Kampf und die Entscheidung, diesem Appell zu folgen und ihn zu verwirklichen, haben zu dem Erfolg vom 5. Oktober geführt und ihn geradezu erzwingen. Natürlich ist es im herausragenden Maße auch die große politische Figur Bruno Kreisky, die den Wahlsieg ermöglicht und sicher auch mitgarantiert hat. Aber Bruno Kreisky wußte, daß seine Partei nicht nur hinter ihm stand, sondern die Wahlschlacht mit ihm und neben ihm offensiv durchkämpfte. Das hat seine Kräfte gestärkt und ihm das Vertrauen gegeben, das ihm und der ganzen Partei an diesem Sonntag aus dem ganzen Lande entgegengebracht wurde.

Der 5. Oktober war für Österreichs Sozialdemokraten und ihren ersten Mann ein Triumph der Solidarität. Das Wort und der Begriff haben neuen Glanz bekommen, nachdem sie im Alltagsgrau oft zu kleiner Münze verschliffen worden sind. Österreichs Sozialdemokraten haben gezeigt, daß diese Solidarität wenn schon nicht Berge versetzen, aber doch einmal errungene Positionen der Macht abseichern und festigen und vielleicht sogar noch ausbauen kann. Diese Solidarität, die die SPD über 100 Jahre alt werden ließ, muß dann freilich mehr sein als ein DB/15-Spruch bei irgendeinem Parteitreffen. Sie muß den Entschluß verkörpern, den Erfolg nicht nur zu wünschen, sondern zu wollen: unter Einsatz aller gemeinsam zu mobilisierenden Kräfte. Die SPD und Bruno Kreisky haben bewiesen, daß es diese Solidarität immer noch und stark wie eh und je gibt, und daß sie harte Fakten setzt.

(e/6.10.1975/bgy/e/pr)

+ + +

Nach Europa nicht an Gewehrselven vorbei

Europarat bezieht Protestposition gegen das Franco-Regime

Von Klaus Richter MdB

Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Die mit Spannung erwartete Debatte der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die aus Anlaß der rechtsstaatlichen Grundsätzen hohnsprechenden Todesurteile in Spanien vorverlegt wurde, hat zu einer einmütigen Verurteilung dieser Maßnahmen der spanischen Behörden gegen angebliche Terroristen geführt. Noch am Vorabend dieser Debatte hatte der spanische Informationsminister Herrera y Esteban aus seiner Sicht von einer weltweiten antispanischen Kampagne gesprochen. In der Tat haben Millionen von Menschen in zahlreichen Ländern Europas, auch in der Bundesrepublik, aus Protest gegen die Todesurteile die Arbeit niedergelegt. Daß diese Proteste von den derzeitigen Machthabern in Spanien nicht gerne gesehen werden, ist kein Wunder. Den Faschisten in Spanien muß dies unangenehm sein.

Weniger verständlich ist jedoch, daß sich in der Debatte der Parlamentarischen Versammlung des Europarates der zur CSU übergeschwenkte Abg. Günther Müller mit demagogischem Eifer in einer Weise für das gegenwärtige Regime in Spanien und gegen den Protest in aller Welt eingesetzt hat, die selbst seine Fraktionskollegen peinlich berühren mußte. Während andere Sprecher der CDU zumindest bemüht waren, mäßigend gegenüber denjenigen zu wirken, die ihrer Auffassung nach allzu scharf gegen Spanien vorgehen wollten, ging Müller statt mit denjenigen, die für die Todesurteile und die Verletzung von Menschenrechten verantwortlich sind, mit denjenigen ins Gericht, die den weltweiten Protest unterstützen. Von der Rede des schwedischen Kultusministers Zachrisson, in der Abbruch der Zusammenarbeit des Europarates mit Spanien im Rat für kulturelle Zusammenarbeit gefordert wurde, zeigte sich Müller peinlich berührt und hatte das Gefühl, wie er sich ausdrückte: "Die Marschtritte des Thälmann-Bataillons der internationalen

Brigade zu hören".

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats war sich durchaus der Tatsache bewußt, daß sich die Todesurteile in letzter Konsequenz nicht gegen die Terroristen, sondern gegen die Kräfte in Spanien richten, die das Land auf friedlichem Wege in einen demokratischen Staat umwandeln wollen. CSU-MdB Müller aber sprach in Zusammenhang mit den Protesten von der moralischen Dekadenz Europas. In ähnlicher Weise haben sich bisher nur Franco selbst und seine demonstrierenden Jubelspanier ausgesprochen, die in bezug auf die europäischen Nachbarn Spaniens verächtlich von "verkommenen Ländern" reden und auf deren Plakaten zu lesen stand "alle Europäer sind Schwule oder Gehörnte oder Hurensöhne". Wie Franco und seine Vasallen attackierte Dr. Müller insbesondere auch Holland, Schweden und Mexico.

Die eklatante Mißachtung der Menschenrechte, zu deren Wahrung sich Spanien in der KSZE-Schlußakte in Helsinki verpflichtet hat, kann nicht ohne Konsequenz für die Beziehung Spaniens zum Europarat bleiben. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats muß den Ministerrat auffordern, diese Beziehung zu überprüfen. Der spanischen Regierung muß von unserer Seite eindeutig klargemacht werden, daß der Weg Spaniens nach Europa nicht an den Gewahrsalven von Hinrichtungskommandos vorbei führen kann. (~/6.10.1975/wi/pr/e)

+ + +

Herrschaft auf Frist

Parlamentarier und Minister nach Zahlen aufgegliedert

Von Dr. Ulrich Döbber MdB

Stellv. Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.

In einem Jahr, am 3. Oktober 1976, wird der Bundestag neu gewählt werden. Überall in den örtlichen Parteiverbänden beginnt in diesen Wochen die Kandidatenauswahl. Nach den Erfahrungen von bisher sechs Wahlperioden wird mindestens ein Viertel der Abgeordneten ausscheiden, sei es freiwillig, sei es durch Mehrheitsverschiebung oder weil nicht wieder aufgestellt oder auf den Listen ungünstig platziert.

Nur noch 52 Abgeordnete, rund zehn vH. also, gehören dem jetzt amtierenden Bundestag länger als 20 Jahre an. Manchen Beobachter wird das verwundern, weil er den prominenten Namen über viele Jahre hintereinander in den Zeitungen begegnet ist. Aber der durchschnittliche Bundestagsabgeordnete weist ein viel kürzeres Dasein auf. Genau sieben Jahre und 10,6 Monate ist er MdB, danach wieder Normalbürger. Das hat der Computer der Bundestagsverwaltung auf meine Veranlassung ausgerechnet.

Der Bundestag von 1975 ist nicht derselbe wie der von 1965 oder 1955. Es waren genau 1 632 Frauen und Männer, die seit der Konstituierung der Bundesrepublik die Volksvertretung darstellten. Über ein Drittel von ihnen sind es nur eine Wahlperiode lang oder noch kürzer gewesen. "Die da in Bonn" sind also keine feste Größe, sondern ein sich ständig erneuernder Personalkörper. Sie bleiben eng mit ihren Wählern verhaftet und gesellen sich schnell wieder zu ihnen. Bei vierzigjähriger Berufstätigkeit stellt die achtjährige Mitgliedschaft im Parlament nur den Bruchteil einer Lebensleistung dar. Wie man vor diesem Hintergrund von "Berufspolitikern" sprechen kann, ist mir eigentlich unerfindlich.

Alles spricht dafür, daß sich diese Zeitspanne künftig noch verkürzen wird. Die Jüngeren sind ungeduldig. Aber gerade ihre politische "Lebenserwartung" wird die jetzt Dreißigjährigen zwingen, sich mit vierzig wieder

nach einem anderen Beruf umzusehen. Dies zeigt auch, in welcher Relation Diäten gesehen werden müssen, die vielleicht im Einzelfalle dem Gehalt eines Ministerialrates gleichkommen, aber nicht wie bei diesem lebenslang, sondern nur acht Jahre gezahlt werden.

Abgeordnetenbesteuerung und Altersversorgung sind Themen, die immer Interesse finden. Das Bundesverfassungsgericht wird im November hierzu ein Urteil fällen. Die äußerliche Höhe der Bezüge täuscht häufig. So werden gelegentlich Ministergehälter plus Diäten zusammen gewartet und in Beziehung zu anderen Gehältern gesetzt.

92 deutsche Bürger konnten sich seit 1949 mit dem Titel eines Bundesministers schmücken. Im statistischen Durchschnitt waren sie fünf Jahre in diesem Beruf mit täglicher Kündigung. Sie waren meist nicht mehr die Jüngsten und dann, wenn sie ausschieden und vorher nicht dem öffentlichen Dienst angehört hatten, auf Berufssuche. Nicht alle hatten Pensionsberechtigung erlangt. Man darf darüber nachdenken, ob der Industriestaat Bundesrepublik Deutschland seine obersten Verantwortlichen ebenso stellt wie eine durchschnittliche Aktiengesellschaft ihre Vorstandemitglieder.

Jedoch haben alle Politiker sich freiwillig für diese Karriere entschieden und bedürfen nicht des Bedauerns. Demokratie ist nach dem berühmten Wort von Heuss, das Helmut Schmidt an das Ende seiner ersten Regierungserklärung setzte, wirklich "Herrschaft auf Frist"; die Statistik beweist es. Wer mehr Leute an der Ausübung der Herrschaft beteiligen will, kann dies nicht durch Vergrößerung der Beschlusskörper erreichen, sondern nur durch Rotation. Werden die Intervalle aber zu kurz, dann kommt trotzdem weniger Demokratie dabei heraus, denn ein Abgeordneter ist in seiner ersten Wahlperiode weit mehr auf Führung angewiesen als einer, der schon Erfahrungen gesammelt hat. Sich dies gelegentlich an Hand von Zahlen vor Augen zu führen, ist interessante Lektüre.

(-/6.10.1975/wi/pr/e)

+ + +

Eine kühne Attacke des "kleinen Generals"

Kohl in verzweifelter Abwehr gegen das Diktat von Strauß

Nach der demonstrativ zur Schau gestellten Mißgestimmtheit, mit der die CDU die Nominierung des CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl zum Kanzlerkandidaten der Union geschehen ließ, konnte kein Zweifel daran bestehen, daß der nur dürftig kaschierte Konflikt zwischen den C-Parteien und namentlich ihren Chefs spätestens dann aufbrechen müßte, wenn die mit der Kandidatur verbundenen Sach- und Personalentscheidungen zu treffen wären. Diese Phase ist jetzt erreicht. Manch einer gibt sich überrechnet, daß gerade der CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf den Fehdehandschuh geworfen hat, aber tatsächlich ist das nur konsequent.

Ob Kohl mit Biedenkopfs Taktik im einzelnen ganz zufrieden ist, mag vorerst dahinstehen; völlig einig sind sich beide indessen in der Überzeugung, daß der CDU in Sachen Wahlkampfprogramm und "Kernmannschaft" für ein Kabinett Kohl, also für den gesamten Kurs der Union, das rigorose Diktat des Franz Josef Strauß droht, und daß dagegen - so gut es eben noch geht - Abwehr mobilisiert werden muß. Daß der "kleine General" nun für den "großen Vorsitzenden" mit dem Sübel rasselt, indem er eine Richtlinienkompetenz des Kanzlerkandidaten ins Gespräch brachte, kann allenfalls der äußeren Optik nach etwas seltsam anmuten.

In Wahrheit ist Biedenkopf derjenige, der als Manager gegenwärtig die beste Qualifikation dafür haben dürfte, der CDU ein modernes Gesicht zu geben und sie auch einer inwendigen Reformkur zu unterziehen. Er macht dann auch keinen Hehl daraus, daß er die Verteidigungsschlacht gegen Strauß und dessen ideologische Prätorianergarde nicht als oberflächliches Scharmützel führen will. Grundsätzlicher Herausforderer und nachhaltiger Reiz als mit dem Ahlener Programm von 1947 hätte er denn wohl auch den Bajuwaren schwerlich können.

Hier wird deutlich, daß die divergierenden Kräfte, die sich nach dem Krieg - in erster Linie gegen die sozialdemokratische Alternative - in der Union zusammengefunden haben, bis auf den heutigen Tag nicht zu einer geschlossenen, aktionsfähigen Volkspartei zusammengeschmolzen sind, sondern sich unversöhnlich gegenüberstehen, wenn sie sich nicht an der Macht befinden und durch die Zuteilung von Privilegien gegenseitig besänftigen können.

Dr. Kohl läßt inzwischen erkennen, daß ihm Biedenkopfs massive Attacke doch etwas zu kühn ausgefallen ist. Für einen Parforceritt gegen den Bayern hält er sich in realistischer Einschätzung der Kräfteverhältnisse am Ende doch nicht stark genug. Er wird deshalb inständig hoffen, durch Biedenkopfs Ausfall etwas Luft bekommen zu haben. Ob das alles auf Franz Josef Strauß den gewünschten Eindruck macht, ist aber sehr fraglich.

Claus Preller
(-/6.10.1975/bgy/pr/e)

+ + +

"Certain Track" wurde ein Testfall

Ostblock-Beobachter blieben wieder dem NATO-Manöver fern

Besonders zähe und langwierige Verhandlungen waren jenem Punkt der Deklaration von Helsinki zum Abschluß der "Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)" vorausgegangen, der sich mit vertrauensbildenden Maßnahmen auch im Militärbereich befaßt. Das Ergebnis jedoch konnte sich sehen lassen und gab Anlaß, auch hinsichtlich des weiteren Verlaufs der Wiener Konferenz über eine "gleichzeitige und beiderseitige Verminderung von Truppen und Rüstungen in Europa (MBFR)" optimistisch zu sein.

Die KSZE-Staaten verpflichteten sich nämlich, alle größeren militärischen Übungen stets jedem der 34 übrigen Unterzeichner-Ländern mitzuteilen. Damit sind Manöver gemeint, an denen mehr als 25.000 Mann teilnehmen. Schließlich war sogar die Sowjetunion bereit, ihre westlichen Militärbezirke in einer Breite von 250 Kilometern entlang der Grenze in diese Vereinbarung mit einzubeziehen. Die Europäer selbst bezogen jeweils ihre gesamten Territorien ein. Dazu kam, "freiwillig und auf bilateraler Grundlage" allerdings, die Vereinbarung über den Austausch von Manöverbeobachtern.

Angesichts der modernen elektronischen Aufklärung mit Satelliten, die Ost und West gegeneinander betreiben, liegt der Wert dieser Vereinbarung vor allem im psychologischen Bereich, eben als "vertrauensbildende Maßnahme". Andererseits können Manöverbeobachter sich aber auch durch Augenschein davon überzeugen, welchen "Charakter" eine militärische Großübung hat, ob sie nämlich in der Hauptsache auf Verteidigung oder auf Angriff angelegt ist. Bereits 1970 hatte die Bundesregierung einen Versuchsballon in dieser Richtung gestartet: Zur Korpsübung "Großer Rösselprung" waren Ostblock-Journalisten, die in Bonn akkreditiert sind, eingeladen worden und auch gekommen. Da allerdings keine Gegeneinladung erfolgte, blieb es bei dieser Einzelmaßnahme - bis zum Abschluß der KSZE.

Erstes Manöver danach war die "Große Rochsade" in der Bundesrepublik, an der 68.000 Bundeswehrsoldaten sowie Amerikaner, Kanadier und Franzosen

teilnehmen. Diese Übung war allen KSZE-Staaten mitgeteilt worden, offizielle Beobachter wurden zwar noch nicht eingeladen, dafür aber wiederum Bonner Ostblock-Journalisten. Trotz anfänglicher Zusage kamen Polen, Tschechoslowaken und Ungarn jedoch nicht (die sowjetischen und DDR-Korrespondenten hatten von vornherein abgewinkt). Das war bedauerlich, weil gerade die "Große Rochade" eindeutig defensiv angelegt war - was die vorher von "Prawda" und "Iawestija" entfesselten Kampagnen hätte widerlegen können.

Ein weiterer Punkt kommt jedoch hinzu: Eben weil durch Satelliten-Beobachtung schon jetzt jedes Manöver registriert werden kann, blieb auch nicht verborgen, daß im Ostblock augenblicklich größere Manöver stattfinden und stattfindend, ohne daß dazu Beobachter eingeladen wurden und auch ohne Mitteilung an die KSZE-Länder. Möglicherweise wollen sich die Warschauer-Pakt-Staaten mit einem Trick aus der Affäre ziehen. Man kann nämlich ein Manöver mit beispielsweise 60.000 Teilnehmern "aufsplitten" in drei Übungen à 20.000 Soldaten, die dann nicht mehr meldepflichtig wären. Dieses Verhalten des Ostblocks, über dessen Gründe man bisher nur rätseln kann, ist auf jeden Fall mehr als bedauerlich. Wie sollen Fortschritte bei den Bemühungen um Abrüstung in der Welt erzielt werden, wenn gleich bei der ersten Gelegenheit mit gezinkten Karten gespielt wird?

Auch das im Oktober laufende "Certain Track"-Manöver ist von der NATO entsprechend den Vereinbarungen von Helsinki angemeldet worden. Beobachter wurden ebenfalls eingeladen, Zusagen des Ostblocks sind nicht erfolgt. Damit dürfte der Verdacht nicht mehr von der Hand zu weisen sein, daß der Ostblock die KSZE für innenpolitische Zwecke mißbraucht. Mit einer gelenkten Presse ist einer Bevölkerung leicht der eigene Friedenswille (da nämlich angeblich keine meldepflichtigen Großübungen stattfinden) einzureden gegenüber dem aggressiven Westen, der dieses durch die angemeldeten Manöver noch unterstreicht.

Ulrich Mackensen

(-/6.10.1975/ks/pr/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller